



Aktuelles aus der Fraktion

Ausgabe 11 - 06/10

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz **SPD**



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,*

in der Landtagssitzung im Dezember ist der Haushaltsplan für 2011 beschlossen worden. Damit sind die Weichenstellungen für das kommende Jahr erfolgt. Nachdem wir einstimmig die Verfassung des Landes um die „Schuldenbremse“ ergänzt haben, wird unsere Arbeit von erheblichen Sparanstrengungen begleitet bis das Ziel eines Haushalts ohne jede Neuverschuldung im Jahr 2020 erreicht ist.

Abhängig sind wir hierbei von den wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen und auch von den steuerlichen Einnahmen. Diese liegen im Jahr 2011 noch ca. 510 Mio. Euro unter den Einnahmen des Jahres 2008 – sprich unter den Einnahmen des Jahres vor der Wirtschaftskrise.

Bei dem Haushalt 2011 führen wir die Ausgaben um insgesamt 130 Mio. Euro zurück und setzen gleichzeitig unter anderem einen herausragenden Akzent: Für den so wichtigen Bereich der Bildung werden wir gut sechs Prozent zusätzlich ausgeben.

Wir gehen zuversichtlich in das nächste Jahr. Ich wünsche allen schöne Weihnachtsfeiertage und einen guten Start für 2011.

Herzliche Grüße, Ihr

*Jochen Hartloff, MdL,
SPD-Fraktionsvorsitzender im
Landtag Rheinland-Pfalz*

Zusammenleben lernen



Nach mehr als zwei Jahren Arbeit legt die Enquete-Kommission „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz“ ihre Handlungsempfehlungen vor.

Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde im April 2008 die Enquete-Kommission „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz“ eingesetzt. Rheinland-Pfalz ist damit das erste Land, das sich so intensiv diesem wichtigen Thema widmet. Aufgabe der Kommission war, die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Rheinland-Pfalz zu untersuchen, um auf dieser Grundlage Vorschläge für die Zukunft zu machen. Die inhaltliche Arbeit ist nun abgeschlossen und die Kommission hat konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt. Hier einige Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen:

Bildung

Mehrsprachigkeit gehört zum Lebensalltag der Kinder und Jugendlichen und sollte im Prozess sprachlicher Bildung als Chance verstanden und genutzt werden. Kinder mit Migrationshintergrund sollen daher die Möglichkeit erhalten, auf freiwilliger Basis in der Schule an einem muttersprachlichen Unterricht teilzunehmen.

Arbeit

Es besteht dringender Bedarf an einem Rechtsanspruch für alle Zugewanderten auf ein Verfahren, mit dem im Ausland erworbene Kompetenzen und Abschlüsse anerkannt werden.

Wohn- und Lebensumfeld

Besonders in sozial benachteiligten Wohnquartieren sollen niedrigschwellige Angebote bereitgestellt werden, wie z. B. stadteilorientierte Bildungsangebote, Nachbarschaftszentren und nichtkommerzielle Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche .

Partizipation

Für alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Einwohnerinnen und Einwohner – unabhängig von ihrer Herkunft – soll ein aktives und passives kommunales Wahlrecht eingeführt werden.

Die ausführlichen Handlungsempfehlungen können auf der Internetseite der Fraktion abgerufen werden: www.spdfraktion-rlp.de/integration.html.

AKTUELL

Zukunftsgestaltung mit dem Landeshaushalt 2011



Der Regierungsentwurf für den Landeshaushalt 2011 – entstanden in Abstimmung zwischen Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion – setzt die richtigen Schwerpunkte für eine zukunftsgestaltende Politik. Das gilt besonders für die Fortführung der Zukunftsinvestitionen. Ein Schwerpunkt der sozialdemokratischen Zukunftspolitik in Rheinland-Pfalz liegt seit vielen sehr erfolgreichen Jahren auf der Bildungspolitik. Hier sieht der Regierungsentwurf wesentliche Verbesserungen in wichtigen Einzelbereichen vor:

- 25 Mio. Euro mehr für die Kindertagesstätten (insg.: 413 Mio. Euro)
- 32 Mio. Euro plus für die Hochschulen (insg.: 856 Mio. Euro)
- 6 Mio. Euro mehr für die Ganztagschulen (insg.: 78 Mio. Euro)

Eine wesentliche Zukunftsinvestition ist und bleibt der so genannte Pensionsfonds. Die Zahlungen an den Pensionsfonds erreichen 2011 mit 494 Mio. Euro einen neuen Höchststand. Das Vermögen des Fonds wird auf knapp 2,9 Mrd. Euro steigen. Wir betreiben damit effiziente Vorsorge für zukünftige Pensionszahlungen. Diese Form der Zukunftssicherung ist ganz be-

sonders auf Verlässlichkeit angewiesen.

Neben den Ausgaben für Bildung und Pensionsfonds wird auch in anderen Bereichen in die Zukunft investiert. Dazu gehören: neben Ausgaben für Wissenschaft, für innere Sicherheit und Justiz, für die Wirtschafts- und Innovationsförderung, für die Förderung erneuerbarer Energien oder für die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik

• **Ausbau von Integrationsmaßnahmen**

Wir wollen den wichtigen Hinweisen der Enquete-Kommission „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz“ gerecht werden und stellen deshalb für diesen Bereich zusätzliche 200.000 Euro für 2011 im Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen zur Verfügung.

• **Verbesserungen im Bereich der Justiz**

Für neue Beförderungsmöglichkeiten werden 250.000 Euro zusätzlich bereitgestellt. Ferner haben wir im Justizbereich eine Erhöhung der Zuschüsse der Straffälligenhilfe um 20.000 Euro vorgenommen.

• **Förderung des Breitband-Ausbaus**

In diesem Bereich stellen wir Mittel von bis zu 1 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen, um dem Ministerium

AKTUELL

für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau die Ausrichtung eines Breitbandwettbewerbs für Kommunen des ländlichen Raums zu ermöglichen. Der Wettbewerb hat speziell die Errichtung von Hochgeschwindigkeitsnetzen der kommenden Generation zum Inhalt.

• Verbraucherzentrale soll gestärkt werden

Die Arbeit der Verbraucherzentrale genießt in der SPD-Landtagsfraktion eine hohe Wertschätzung. In enger Abstimmung mit der Landesregierung wollen wir mit einer Verpflichtungsermächtigung über 3,4 Mio. Euro für das Jahr 2011 – die jeweils Zahlungen von bis zu 1,7 Mio. Euro in den Jahren 2012 und 2013 auslösen kann – dieser Arbeit Planungssicherheit geben.

• Junglandwirteförderung

Die Förderung junger Landwirte hat sich als eine wichtige strukturpolitische Maßnahme im landwirtschaftlichen Bereich etabliert. Dem wollen wir durch eine Erhöhung der Fördersumme um 100.000 Euro im kommenden Jahr gerecht werden.

• Soziokulturelle Zentren aufwerten

Die Förderung der Sozio-Kultur ist zentraler Baustein sozialdemokratischer Kulturpolitik, die in Basisinitiativen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung kultureller Teilhabemöglichkeiten und Kompetenzentwicklung sieht. Deshalb wollen wir hier eine bessere Mittelausstattung sicher stellen und beantragen 100.000 Euro mehr für diesen Bereich.

• Mittel für die Öffentliche Petition

Die SPD-Landtagsfraktion hat in diesem Jahr eine Initiative zur Verankerung der Öffentlichen Petition beim Landtag Rheinland-Pfalz gestartet. Wir freuen uns über die gemeinsamen Haushaltsänderungsanträge aller Fraktionen, die die dafür aktuell notwendigen Mittel von insgesamt 90.000 Euro bereitstellen. Damit wird die Grundlage dafür geschaffen, die Öffentliche Petition noch in dieser Legislaturperiode einzurichten. Wir wollen die Geschäftsordnung des Landtags möglichst noch im Dezember entsprechend ändern.

Schließlich: der Regierungsentwurf beinhaltet bereits eine Verbesserung des Finanzierungssaldos um 16 Prozent oder 433 Mio. Euro und eine Reduktion der Nettokreditaufnahme um 15 Prozent auf 1,985 Mrd. Euro. Dies beruht auf Einsparungen in verschiedenen Bereichen (auch bei der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung und nicht zuletzt dem Abbau von 200 Stellen bis 2013 in Ministerien und Mittelinstanzen u. a. m.).

Unser Fazit lautet: Trotz einer schwierigen Finanzsituation sorgen wir für eine zukunftsweisende Gestaltung des Landeshaushalts, auf deren Grundlage Rheinland-Pfalz seine positive Entwicklung weiter fortsetzen wird und optimistisch in die Zukunft blicken kann.

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN**Zu Gast bei der Tafel in Oppenheim**

Stefan Klee, Mdl; Kathrin Anklam Trapp, Mdl; Marc Sittig, Beigeordneter der Stadt Oppenheim für Soziales; Marc Bleicher, Referent der SPD-Landtagsfraktion; Stadtbürgermeister Marcus Held, Vorsitzender der Oppenheimer Tafel; Dekan Michael Graebisch, stellv. Vorsitzender; Schatzmeister Georg Steitz, Diakonisches Werk; Hans-Jürgen Schwerdt, Geschäftsführer der Oppenheimer Tafel; Peter Wilhelm Dröscher, Vorsitzender des AK Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit.

Auf Einladung der örtlichen Landtagsabgeordneten Kathrin Anklam-Trapp war der Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz zu Gast in Oppenheim und informierte sich dort über die Arbeit der Tafel und des Beratungszentrums der Diakonie Mainz-Bingen.

Dekan Michael Graebisch und Stadtbürgermeister Marcus Held sowie Projektleiter Hans-Jürgen Schwerdt und weitere Mitglieder des im Februar 2010 gegründeten Vereins Oppenheimer Tafel begrüßten die Abgeordneten um den Arbeitskreisvorsitzenden Peter Wilhelm Dröscher. „Hoffentlich kann sich dieser Verein bald wieder auflösen“, so formulierte es Dekan Graebisch bei der Gründungsversammlung im Februar und er unterstrich beim Besuch des Arbeitskreises der SPD-Landtagsfraktion, dass das Ziel der Arbeit der Tafel es letztlich sein müsse, sich selbst überflüssig zu machen. Dass derzeit jedoch der große Einsatz der Ehrenamtlichen notwendig ist zeigt die Tatsache, dass innerhalb von nur fünf Wochen seit Eröffnung des Ladenlokals in der Rheinstraße schon fast 200 Berechtigte den Weg zur Tafel gefunden haben, darunter

viele Kinder und Jugendliche. In der Diskussion vor Ort wurden die ungerechten Streichungen der Bundesregierung im Bereich Gesundheit und Arbeitsmarktförderung stark kritisiert.

Im Beratungszentrum des Diakonischen Werkes Mainz-Bingen wurden die Abgeordneten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um Peter Reuter und von Georg Steitz, Leiter des Diakonischen Werkes Mainz-Bingen empfangen. Die Beratungsangebote umfassen neben der Suchtberatung bei Problemen mit klassischen Suchtmitteln auch die regionale Fachstelle Glücksspielsuchtberatung im Kreis Mainz-Bingen. Dieses Themengebiet, das auch den Bereich Online-sucht umfasst wird ergänzt durch verschiedene Angebote zur Suchtprävention sowie Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung. Das engagierte Team stellte sich und seine Arbeit vor und informierte über Perspektiven der Beratungstätigkeit nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund eines neuen Glücksspiel-Staatsvertrages. Kathrin Anklam-Trapp und Peter Wilhelm Dröscher dankten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz.

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

**SPD-Landtagsabgeordnete besuchten Südzucker
Werk Offstein**

Bevor es zur Werksführung ging: Die SPD-Landtagsabgeordneten Thorsten Wehner, Jens Guth, Monika Fink (Vorsitzende AK Landwirtschaft und Weinbau) und Kathrin Anklam-Trapp mit Dr. Arnd Reinefeld, Volker Schütthelm, Klaus Schwab und Franz-Rudolf Vogel.

Kurz vor dem Führungswechsel in der Chefetage bei Südzucker - Werk Offstein - besuchte der Arbeitskreis Landwirtschaft und Weinbau der SPD-Landtagsfraktion den Standort. Kathrin Anklam-Trapp, MdL, freute sich bei dieser Gelegenheit, den neuen Geschäftsleiter, Herrn Klaus Schwab, persönlich kennen zu lernen und unterstrich die Bedeutung des Werkes Offstein als großen Arbeitgeber der Region.

Am 10. Dezember 2010 trat Dr. Arnd Reinefeld, Werksleiter von Offstein und Offenau, in den Ruhestand. Er bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit den Landtagsabgeordneten Anklam-Trapp und Jens Guth, insbesondere für ihren Einsatz zur Regelung neuer Transportwege.

Reinefeld erzählte von der erfolgreichen Firmengeschichte des weltweit tätigen Konzerns Südzucker und von der kontinuierlichen innovativen Entwicklung des Werkes Offstein, das im vergangenen Jahr bereits das 125-jährige Jubiläum feiern konnte.

„60 Prozent des Umsatzes machen wir mit Zucker, den Rest mit diversen Spezialitäten“, so Dr. Reinefeld. Das Werk Offstein bietet Lagermöglichkeiten für 40.000 Tonnen Dicksaft, der in weiterverarbeitenden Betrieben zu Flüssigzucker, Fruktose, Karamellsirup und Isomalt (Palatinit) verarbeitet wird. In den ver-

schiedenen Produktvarianten und der Forschungsabteilung beschäftigt die Zuckerfabrik Offstein rund 550 Mitarbeiter.

Mit 26.000 Hektar Rübenanbau der das Werk beliefernden Landwirte hat Offstein das größte Anbaugelände Deutschlands aufzuweisen. Anbau und Bezahlung der Rüben sind vertraglich geregelt, wobei Südzucker mit den Landwirten partnerschaftlich zusammenarbeitet. „Der Zuckerrübenanbau als Grundlage der Zuckergewinnung ist umweltschonend und nachhaltig. Zudem – und dies zeigte sich auch bei unserem Besuch – ist er ein wichtiger Wirtschaftsfaktor“, so Thorsten Wehner, MdL.

Die Umstellung der Anlieferung per LKW werde überwiegend positiv bewertet, betonte Dr. Reinefeld. Die Geräuschkulisse für Anwohner habe sich deutlich verringert und die LKW seien besser in den Verkehrsfluss integriert als vorher die schweren Schlepper. Für den Transport werde auch die Bahnlinie in Richtung Grünstadt gut genutzt, beantwortete er die Frage von Jens Guth, MdL. Auf die dringend notwendige Ortsumgehungen Offstein wies Bürgermeister Ralph Bothe (SPD) hin und warb um die Unterstützung des Landes. Hier konnte Guth, als verkehrspolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion mitteilen, dass im Haushalt 2012 dafür die notwendigen Mittel eingestellt werden.

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

„Wir brauchen in der Zuckerwirtschaft perspektivisch angelegte, langfristige wettbewerbsfähige Strukturen. Neben Forschung und Entwicklung stehen dabei die Optimierung des Anbaus und der Transportfragen im Zentrum. Südzucker stellt sich diesen Herausforderungen und bleibt ein wichtiger Arbeitgeber in der Region“, betonte Monika Fink, MdL, Vorsitzende des Arbeitskreises Landwirtschaft und Weinbau der SPD-Landtagsfraktion.

Weiter ergänzte Guth im Gespräch: „Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion wurde im Doppelhaushalt 2009/2010 der Erhalt und die Förderung eines zukunftsfähigen Zuckerrübenanbaus in Rheinland-Pfalz als Fördermaßnahme aufgenommen und vom rheinland-pfälzischen Landtag im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen. Aus diesen Mitteln wird auch das ‚Gemeinschaftsprojekt zur Erhaltung und Förderung eines zukunftsfähigen Zuckerrübenanbaus in Rheinland-Pfalz - Projekt Zuckerrübe 2015‘ gefördert.“

Abschließend erläuterte Dr. Reinefeld auf eine Nachfrage von Anklam-Trapp, dass seit vielen Jahren bei Südzucker erfolgreich Nachwuchskräfte in den Berufen Industriemechaniker, Energieanlagenelektroniker und Industriekaufmann/-frau ausgebildet würden. Allerdings werde es immer schwieriger, geeignete Anwärter zu finden.

Das gute Einvernehmen zwischen Firmenleitung und Arbeitnehmern unterstrich der Betriebsratsvorsitzende Franz-Rudolf Vogel.

Das Werk Groß-Gerau, für das Dr. Reinefeld ebenfalls zuständig war, wurde aufgrund des durch die EU-Zuckermarktneuordnung bedingten Rückgangs der Zuckerproduktion in 2008 geschlossen. „Die Abrissarbeiten werden bis zum Ende dieses Jahres abgewickelt sein“, informierte Dr. Reinefeld.

PRESSEMITTEILUNGEN

Im Folgenden ist ein Auszug unserer Pressemitteilungen abgedruckt. Alle Pressemitteilungen finden Sie auf unserer Homepage www.spdfraktion-rlp.de

Mohr/Guth: Tariftreuegesetz - Guter Tag für Beschäftigte und Betriebe

17. November 2010



Margit Mohr, wirtschaftspolitische Sprecherin, und Jens Guth, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, zur heutigen, abschließenden Beratung des Landestariftreuegesetzes im rheinland-pfälzischen Landtag: „Dies ist ein guter Tag für die Beschäftigten. Künftig wird ein Wettbewerb nach unten mit dem Landestariftreuegesetz bei öffentlichen Aufträgen verhindert werden können. Dort, wo keine Tariftreue eingefordert werden kann, wird bei öffentlichen Vergaben ein Mindestentgelt von 8,50 Euro pro Stunde bei öffentlichen Vergaben eingeführt.“

20 von 27 EU-Staaten haben in der Europäischen Union zudem bereits einen Mindestlohn eingeführt. Daran werde auch in Deutschland kein Weg vorbeiführen, so die SPD-Landtagsabgeordneten. Auch in anderen Bundesländern seien Tariftreuegesetze bereits verabschiedet

oder würden auf den Weg gebracht. Um möglichst unbürokratisch zu bleiben, sind in Rheinland-Pfalz auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion zudem Mustererklärungen zur Einhaltung von Tariftreue oder Zahlung des Mindestentgelts vorgesehen. Auch die Leiharbeit und Nachunternehmen werden bei öffentlichen Vergaben in das rheinland-pfälzische Tariftreuegesetz einbezogen.

„Als öffentliche Hand haben wir die Verpflichtung, dass bei Aufträgen, die aus Steuermitteln finanziert werden, Beschäftigte Löhne erhalten, von denen sie tatsächlich leben können. Jetzt werden wir mit dem Landestariftreuegesetz die Möglichkeit der Gewährleistung einer fairen öffentlichen Ausschreibungspraxis haben. Auch im Verkehrsgewerbe gilt es, durch das Landestariftreuegesetz für einen fairen Wettbewerb und gerechte Löhne zu sorgen“, so Mohr und Guth.

PRESSEMITTEILUNGEN**Brede-Hoffmann: Alles nur ein Irrtum****8. Dezember 2010**

Zum bildungspolitischen Fünf-Punkte-Programm der CDU erklärt die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ulla Brede-Hoffmann:

„Frau Klöckner irrt, wenn sie hofft, dass sich rheinland-pfälzische Eltern, Lehrkräfte und Schüler auf eine ideologische Schlammschlacht rund um den Kampfbegriff einer von niemandem gewollten und vorgeschlagenen so genannten ‚Einheitsschule‘ einlassen. Richtig ist, dass in den vergangenen Monaten eine äußerst konstruktive Schulentwicklungsreform bereits stattgefunden hat.

Frau Klöckner irrt, wenn sie behauptet, dass sich die Schullandschaft bei Schließung von gerade einmal 11 zurzeit vorhandenen gemeinsamen Orientierungsstufen zwischen Gymnasien und Realschulen plus bei insgesamt 146 Gymnasien gravierend ändern würde. Sie irrt überdies, wenn sie behauptet, gemeinsame Orientierungsstufen und Gymnasien und Realschulen plus seien verpflichtend.

Frau Klöckner irrt, wenn sie denkt, die Gymnasien im Lande würden die Einführung eines Zentralabiturs begrüßen.

Frau Klöckner irrt, wenn sie meint, sie könne ab der dritten Klasse Noten einführen. Richtig ist, dass Paragraph 34 (2), Satz 2 der gültigen Grundschulordnung* sagt: ‚In den Klassenstufen 3 und 4 werden die Leistungen nach dem sechsstufigen Notensystem mit den Noten ‚sehr gut‘, ‚gut‘, ‚befriedigend‘, ‚ausreichend‘, ‚mangelhaft‘ oder ‚ungenügend‘ bewertet‘.

Frau Klöckner irrt, wenn sie behauptet, ein Schulversuch der Selbstverantwortung von Schulen könne neu von ihr gestartet werden: Der entsprechende Schulversuch ‚Selbstverantwortliche Schule‘** findet bereits seit dem Schuljahr 2005/2006 statt und wird seit Beginn von der CDU-Landtagsfraktion leidenschaftlich bekämpft.

Frau Klöckner irrt, wenn sie glaubt, mit der Einführung eines alle zwei Wochen stattfindenden Praxistages könne sie die Ausbildungsreife der Jugendlichen verbessern. Diesen beruflichen Praxistag gibt es an rheinland-pfälzischen Schulen schon. Dort findet er wöchentlich statt.

Frau Klöckner irrt, wenn sie glaubt, nur ihr zuliebe würden Fachlehrkräfte nicht mehr erkranken, sich nicht mehr weiterbilden und nicht mehr auf Klassenfahrt gehen und damit verhindern, dass die Notwendigkeit entsteht, fachfremden Unterricht zu erteilen.

Frau Klöckner irrt ebenso, wenn sie glaubt, dass man mit 875 neu eingestellten Lehrkräften in einem Vertretungspool den u. a. krankheitsbedingten Unterrichtsausfall an ca. 2.000 Schulen im Land flexibel täglich verhindern könnte.

Frau Klöckner irrt, wenn sie behauptet, sie könne mit den von ihr von der CDU-Landtagsfraktion für den Haushalt 2011 vorgeschlagenen 63,7 Millionen Euro in allen Grundschulen des Landes Rheinland-Pfalz die Klassenmesszahl von bisher 30 auf 26 absenken und gleichzeitig 1.250 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Allein für die 1.250 Lehrerstellen sind jährlich ca. 75 Millionen Euro Landesmittel

PRESSEMITTEILUNGEN

notwendig. Die Absenkung der Klassenmessenzahl verlangt ebenfalls eine zweistellige Millionensumme.

Frau Klöckner irrt, wenn sie verspricht, mehr Geld für die Sprachförderung in Kindertagesstätten auszugeben. Die Wahrheit ist, dass in den Haushaltsänderungsanträgen der CDU-Landtagsfraktion auch diese Haushaltstitel zur pauschalen Kürzung freigegeben werden.

Vom bildungspolitischen Fünf-Punkte-Programm der CDU bleibt also als wegweisender Vorschlag zur Verbesserung der Qualität der Bildung in Rheinland-Pfalz nur die „Zukunftskommission Jugend und Ausbildung mit Vertretern aus Schule, Hochschule, Industrie, Handel und Handwerk“. Nach dem Motto: Hast Du keine Position – gründe eine Kommission. Aber: Schade – weit gefehlt. Es gibt ja längst den ‚Ovalen Tisch‘ des Ministerpräsidenten mit genau dieser Besetzung zu genau diesen Fragen.“

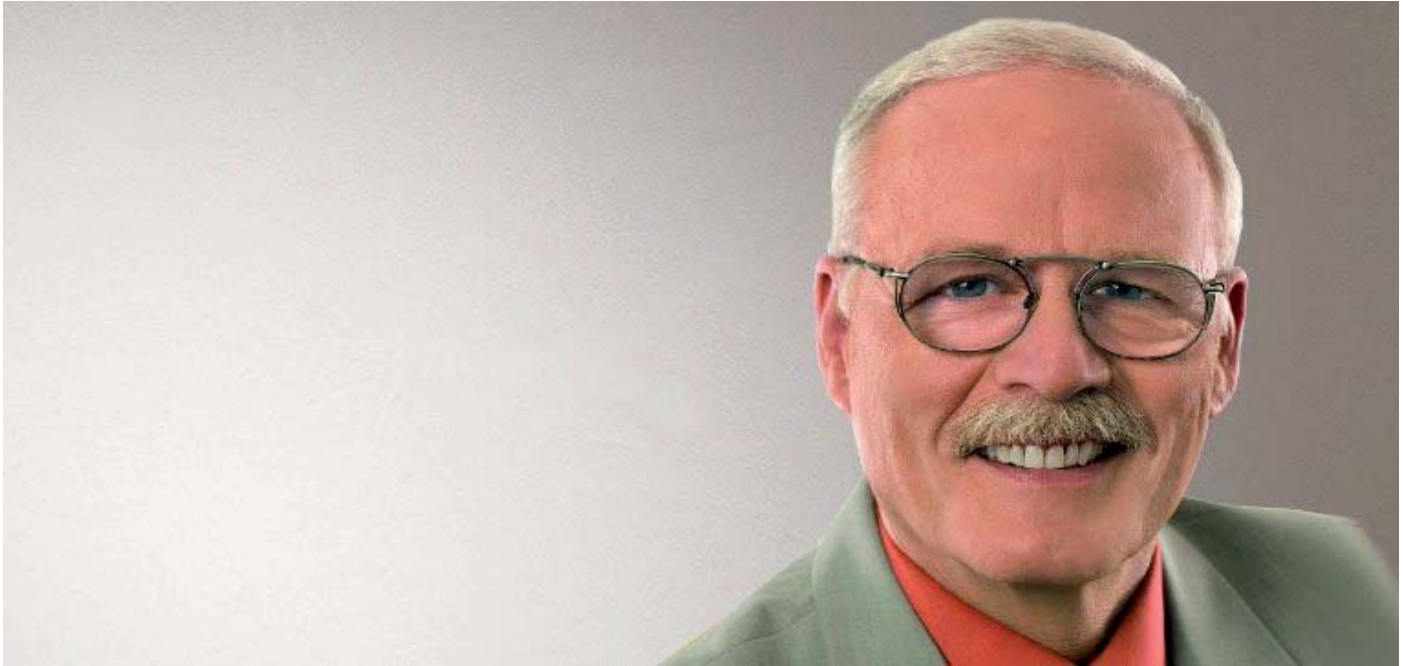
*Die Grundschulordnung in der gültigen Fassung:
http://grundschule.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/grundschule.bildung-rp.de/Downloads/Amtliches/Neue_Grundschulordnung_08/GSO-Text.pdf

**Die Homepage des Schulversuchs „Selbstverantwortliche Schule“: <http://svs.bildung-rp.de/>

PRESSEMITTEILUNGEN

Dröscher: Sozialhaushalt erhält solidarischen Zusammenhalt in schwieriger Zeit

17. Dezember 2010



Zum Haushalt für das Jahr 2011, der in dieser Woche im Landtag beraten und beschlossen wurde, erklärt Peter Wilhelm Dröscher, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag für den Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

„Der Haushalt trägt der Schwierigkeit Rechnung, dass Einsparungen angesichts von Schuldenbremse und der Finanzsituation vorgenommen werden müssen. Gleichzeitig wird in diesem wichtigen Politikfeld, das letztlich auch für den solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist, kein sozialer Kahlschlag betrieben.“

Im Gegensatz dazu steht die Politik des Bundes – das sogenannte Sparpaket, das beispielsweise für Rheinland-Pfalz im Arbeitsmarktbereich Kürzungen in doppelter Höhe der landeseigenen Anstrengungen mit sich bringt.

Insgesamt kann man sagen: Wir sparen in diesem Einzelhaushalt nicht in den Bereichen, die politisch wünschenswerte Projekte und Initiativen beinhalten. Wir nehmen jedoch realistische Einsparungen in Bereichen vor, die aufgrund der allgemeinen demographischen oder arbeitsmarktstrukturellen Rahmenbedingungen einen Rückgang erfahren.

Darüber hinaus ist es gelungen, in einigen Bereichen mit Umschichtungen Schwerpunkte zu setzen und auszubauen:

1. Masterplan Ärzteversorgung: Die Zahlen belegen eine gute Versorgungsstruktur landesweit. Was bleibt, ist ein absehbares Verteilungsproblem zwischen Stadt und Land. Der gemeinsam mit den Partnern im Jahr 2007 entwickelte Masterplan zur Stärkung der ambulanten hausärztlichen Versorgung zeigt Lösungsmöglichkeiten auf und findet über Landesgrenzen hinweg Nachahmer. Wir verstärken unsere Bemühungen noch einmal mit einer gezielte Förderung der Tätigkeitsaufnahme im ländlichen Raum (400.000 Euro).

2. Gesundheitswirtschaft: Für die Initiative Gesundheitswirtschaft werden 700.000 Euro eingestellt, weil die Erfahrungen zeigen, dass wir hier auch positive beschäftigungswirksame Effekte erzielen können.

3. Hygiene: Hier haben wir im Landtag übereinstimmend die Bedeutung einer umfassenden Bewusstseinsbildung in den Kliniken angesprochen und auch im neuen Landeskrankenhausgesetz entsprechende Konkretisierungen vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass auch mit kleinen Beträgen in der praktischen Umsetzung einiges bewirkt werden kann. Im Bereich der Schulungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken wollen wir einen entsprechenden Schritt mit Hilfe der Landeszentrale für Gesundheitsförderung gehen.

Als Resümee bleibt: Sparen ja, aber mit Augenmaß und in sozialer Verantwortung.

PRESSEMITTEILUNGEN**Hartloff: Druck bringt die Wahrheit bei der CDU ans Licht**

20. Dezember 2010



„Jetzt kann man deutlich sehen, wie notwendig es war, einen Untersuchungsausschuss zu den CDU-Finanzen ins Leben zu rufen. Ohne den immensen Druck, offenbar ausgelöst durch den heutigen Termin zur Übergabe der CDU-Akten an den UA zur Einsicht, hätte sich die CDU vermutlich nicht dazu durchgerungen, die Wahrheit zu sagen“, so Jochen Hartloff, Fraktionsvorsitzender der SPD im rheinland-pfälzischen Landtag in einer ersten Stellungnahme zum Geständnis der CDU, illegale Parteienfinanzierung begangen zu haben.

Im Landtagswahlkampf 2006 waren ca. 385.000 Euro Fraktionsgeld, das aus Steuern gespeist wird, an die Düsseldorfener Unternehmensberatung C4 gegangen. Christoph

Böhr, damaliger Fraktionsvorsitzender der CDU hatte angegeben, dass das Geld zur Beratung an die Fraktion gegangen war. Davon rückt die CDU jetzt ab und räumt genau das ein, was sie in Schriftsätzen und Pressemitteilungen vorher immer abgestritten hatte.

„Es ist ein Skandal, dass die CDU erst jetzt den Sachverhalt einräumt, der nun im Raum steht und den sie solange, offenbar wider besseres Wissen, verschwiegen hat. Und das nur, weil der Druck so hoch war. Wir werden im Verlauf des Untersuchungsausschusses sehen, was uns an Überraschungen noch erwartet“, so Hartloff.

TERMINE JANUAR 2011**Dienstag, 11.01.2011**

14:00 Uhr Ausschuss für Bildung und Jugend
14:00 Uhr Ausschuss für Umwelt, Forsten und
Verbraucherschutz

Mittwoch, 12.01.2011

14:00 Uhr Untersuchungsausschuss Nürburgring
GmbH

Donnerstag, 13.01.2011

10:00 Uhr Ausschuss für Gleichstellung und
Frauenförderung
10:00 Uhr Ausschuss für Medien und Multimedia
14:00 Uhr Innenausschuss
14:00 Uhr Ausschuss für Arbeit, Soziales, Familie
und Gesundheit

Dienstag, 18.01.2011

10:00 Uhr Ältestenrat
10:00 Uhr Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
14:00 Uhr Ausschuss für Wissenschaft,
Weiterbildung, Forschung und Kultur

Mittwoch, 19.01.2011

14:00 Uhr Enquete-Kommission Verantwortung in der
medialen Welt

Donnerstag, 20.01.2011

10:00 Uhr Ausschuss für Europafragen
10:00 Uhr Haushalts- und Finanzausschuss
14:00 Uhr Rechtsausschuss

Montag, 24.01.2011

Untersuchungsausschuss Nürburgring GmbH

Dienstag, 25.01.2011

10:00 Uhr Petitionsausschuss
14:00 Uhr Ausschuss für Landwirtschaft und
Weinbau

Mittwoch, 26.01.2011

Plenum

Donnerstag, 27.01.2011

Plenum

Freitag, 28.01.2011

Plenum

AUSSTELLUNGEN

Anne Frank - eine Geschichte für heute
Foyer und Lobby, Informationsausstellung
12. Januar bis 3. Februar 2011

Verfolgt! Vergast! Vergessen? Die Opfer des
Nationalsozialismus in Worms und Umgebung
Abgeordnetenhaus, Informationsausstellung
19. Januar bis 18. Februar 2011

IMPRESSUM

Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

V.i.S.d.P.: Barbara Schleicher-Rothmund, MdL,
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Barbara Behrends, Sonja Stenger, Stefan Schmitz

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz

Telefon: (06131) 208-3118, Telefax: (06131) 208-4217

Email: spd@landtag.rlp.de, Internet: www.spdfraktion-rlp.de

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.